



Was würden die hinduistischen Gottheiten wohl zu dem sagen, was einige indische Politiker und Organisationen in ihrem Namen fordern?

(Foto: Walter Keller)

## Politik des Hasses

von Aijaz Ahmad

Die Politik des Hasses, die von der 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) verfolgt wird, zielt darauf, die Tradition des Säkularismus, der Demokratie und des Sozialismus zu zerstören, die ein wesentlicher Bestandteil des modernen Indiens sind. Sie möchte Indien ihrem spezifischen Weltbild gemäß umformen.

Die aktuelle Politik des Hasses ist in Wirklichkeit so alt wie der Prozeß, der das moderne Indien entstehen ließ, nur daß sie heute einflußreicher ist denn je. In einer solchen Politik spielt religiöser Extremismus die Rolle, die der Rassismus in europäischen Faschismen gespielt hat. Religion wird nicht mehr als Spiritualität oder Glaubenssystem verstanden, sondern als Eigenheit einer Rasse und als Wesen einer spezifischen Zivilisation.

Nach V.D. Savarkar, dem verehrten und nicht einmal besonders frommen Vorfahren dieser Art von Extremismus, haben alle Hindus "gemeinsames Blut";

all jene Inder dagegen, denen Indien zweifellos die Heimat ist, die aber anderen Religionen anhängen, fallen aus diesem Block der "Blutzugehörigkeit" heraus. Sie haben ihr Recht als gleichberechtigte Bürger verloren, was Unterdrückung, ja Vernichtung impliziert. Savarkar wörtlich und ganz klar: "Deutschland hat gezeigt, daß es für Rassen und Kulturen geradezu unmöglich ist, zu einer geeinten Ganzheit zu verschmelzen, wenn es grundsätzliche Unterschiede gibt. Wir in Hindustan können davon lernen und profitieren."

Im Unterschied zu Hitler jedoch, für den der Übertritt von einer Rasse zu ei-

ner anderen schlichtweg unmöglich war, bietet Savarkar den nicht-hinduistischen "Rassen" einen Ausweg an: dem Hinduismus beizutreten, die Kinder als Hindus zu erziehen und damit wieder Teil der dominanten Mehrheit zu werden. Diese achtzig Jahre alte Forderung der Gründer des "Hindutums" ('Hindutva') wirft einerseits ein interessantes Licht auf die Terrorkampagne der 'Vishwa Hindu Parisad' (VHP) gegen Christen, die genau auf dem Problem der Konversion (von Indern zum Christentum) beruht, und andererseits auf die Forderung von Premierminister A.B. Vajpayee, einem Veteranen der von Savarkar inspi-

rierten RSS, daß dieses Problem zum Gegenstand einer nationalen Debatte werden müßte. Denn "Konversion" ist ein zentraler Punkt des RSS-Extremismus als Schreckgespenst, als Projekt und als Drohung.

Es beginnt mit einem sprachlichen Trick, der von den dominierenden Medien wiedergekaut wird, womit diese helfen, folgenden Gedanken zu propagieren: Wenn ein Hindu Muslim oder Christ wird, dann ist dies "Konversion", etwas Außergewöhnliches und möglicherweise sogar etwas Anti-Nationales; wenn ein Mitglied einer anderen Religion sich für den Hinduismus entscheidet, dann ist dies "Re-Konversion", als ob man nur zu seinem wahren Wesen zurückkehrt.

Man stelle sich eine christliche Mission vor, die über 100 Jahre in einer Region anwesend war und etwa 25.000 Seelen bekehrt hat, die gemeinhin als "tribal" oder "unberührbar" bezeichnet werden und die selbst in der übelsten Form von Christentum einen Weg aus einer vom Kastensystem besessenen Gesellschaft sehen: das soll ein Notstand sein, der eine weihevollere nationale "Debatte" erfordert, wobei die verschiedenen Abzweigungen der RSS zugleich Menschen erschlagen und Kreuze verbrennen. Demgegenüber: Wenn ein Funktionär der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) verkündet, über 100.000 Menschen in einem Jahr zum Hinduismus zu bekehren, dann sieht es so aus, als ob er daß einzig Rechte und Natürliche will, denn er hat das Recht der "Zweimalgeborenen" - geboren als Hindu und daher notwendigerweise auch als "wahrer" Inder. Diese Spielart von "Zweimalgeborenen" beansprucht dann auch das Recht, diejenigen, die nicht "re-konvertieren", als "Kastenlose" ("Unberührbare"?) oder sogar als "Nicht-Bürger" zu behandeln.

Vor der Trennung von Indien und Pakistan war über ein Viertel der Bevölkerung kein Mitglied eines noch so weit definierten Hinduismus; schon damals entschieden die Hindu-Extremisten (die RSS, die 'Hindu Mahasabha' u.a.), daß nur ein Hindu, sei er auch "re-konvertiert", ein "wahrer" Inder sein könne. Savarkar formulierte unzweifelhaft den ehrgeizigsten religionspolitischen Plan des modernen Indiens: über ein Viertel der Bevölkerung zu einer spezifischen Religion zu bekehren, oder ihr gleiche Bürgerrechte zu verwehren. Weder die christlichen Missionen noch die 'Tabligh'-Bewegung der muslimischen Geistlichen können auch nur andeutungsweise etwas Vergleichbares liefern.

Seit den Anfängen in den 1920er-Jahren war die Rechte der RSS an einem "Stellungskampf" interessiert: Es ging

ihr nicht um kurzfristige Wählergunst sondern um langfristigen historischen Wandel. Die Macht der RSS läßt sich daher nicht aus den Wahlergebnissen der BJP ablesen. Das langfristige Projekt der RSS ist, grundlegende kulturelle Veränderungen herbeizuführen; daraus hervorgehende Wahlerfolge können später folgen, aber dann um so zuverlässiger und dauerhafter.

Ein zweites wesentliches Element, das seither aus verständlichen Gründen zum Plan der RSS gehörte, kam in den 1950er-Jahren hinzu. Als sich im unabhängigen Indien die bürgerliche Republik als Staatsform durchsetzte, verstand auch die RSS, daß in absehbarer Zukunft Regierungen nur durch Wahlen zur Macht kommen. Dieser Umstand wurde mit beachtlichem Erfolg bewältigt - zuerst durch die 'Jan Sangh', die schließlich in der 'Janata'-Regierung eine zentrale Rolle innehatte, und dann durch die regierende BJP, eine ausgeklügelte politische Maschine, die von Veteranen der RSS geleitet wird.

Dieses zweite Element hat die BJP auch mit Geschick eingesetzt. In bürgerlichen Demokratien unterliegt eine Politik des Hasses klaren Einschränkungen, wie in Deutschland oder Italien, wo eine stabile Demokratie nicht viel älter ist als in Indien und wo Neo-Faschisten vergleichsweise stark sind. Die RSS ist zu der Einsicht gekommen, daß die Einschränkungen in Indien zwar vorhanden, aber weniger wirksam sind. Die BJP erprobt die Grenzen dieser Einschränkungen, um auf der einen Seite den Spielraum für irrationale Politik auszuweiten, und um auf der anderen Seite (im Rahmen der wie auch immer zerbrechlichen Einschränkungen) ihre Regierungsgewalt auszuweiten. Demgegenüber kann die 'Shiv Sena' nicht zur nationalen Macht aufsteigen, genau weil sie keinerlei Einschränkungen anerkennt - die RSS tut das.

Ziel der RSS ist jedoch nicht die Bewahrung des Parlamentarismus, sie will vielmehr die Tradition von Säkularismus, Demokratie und Sozialismus, die das moderne Indien geprägt haben, zerstören, und durch ihr eigenes Bild von Indien ersetzen. Dieses Projekt wird jedoch weniger im Parlament, das heißt durch die BJP, verfolgt, sondern durch andere, spezieller auf das Ziel ausgerichtete Organisationen, wie die VHP und die 'Bajrang Dal'. Daß diese Doppelstrategie erfolgreich ist, wird dadurch deutlich, daß auch die liberalen Medien den Unterschied zwischen BJP und VHP nicht nur als Unterschied in der Vorgehensweise, sondern als wirklichen politischen Unterschied darstellen. Verkannt wird damit jedoch die Strategie des "getrennt Marschierens, vereint Schlagens".

Das Projekt der RSS, die Hindus durch Haßkampagnen mittels der BJP zu vereinen, hat, so betrüblich es für das indische politische System ist, jedoch funktioniert. Auch wenn man nicht gerne daran denkt: In den Wahlen von 1989, die den noch andauernden Aufstieg der BJP markierten, kam es in 47 der 88 von der BJP gewonnenen Wahlkreisen zu schlimmen Unruhen.

Ein unbequemer Gedanke ist es, daß die Politik des Hasses in Schlüsselbereichen der indischen Gesellschaft sogar populär ist, so unter Intellektuellen und dem traditionellen Bürgertum Nordindiens. So ergab eine zwischen dem 17. und 23. Dezember 1992 durchgeführte Meinungsumfrage - also kurz nach den Gewalttätigkeiten um die Zerstörung der Babri-Moschee -, daß in Nordindien 52,6 Prozent der Befragten der Zerstörung zustimmten (dagegen nur 16,7 Prozent in Südindien). Eine weitere Statistik zeigt, daß diese Haltung jedoch schichtenspezifisch ist. Eine Umfrage in Delhi und im Westen des Bundesstaates Uttar Pradesh ergab, daß 60 Prozent der Intellektuellen und 62 Prozent der Kaufleute für die Zerstörung waren, unter Arbeitern sank die Zustimmung jedoch unter 28 Prozent.

Die Statistiken zeigen, daß die Politik des Hasses seine Anhänger eher unter den Profiteuren des Systems hat als unter seinen Opfern, und daß sie vor allem dort wirksam war, wo Politik von Rechts den größten Einfluß hatte. Wesentlich ist, daß die Politik des Hasses in den einflußreichen und politisch mächtigen Teilen der Bevölkerung an Boden gewinnt. Warum?

Der erste Grund liegt in der frühen Periode der Modernisierung und ihrem kolonialen Charakter. Das Geschichtsverständnis der ersten Generation bengalischer Intellektueller war tief geprägt von der kolonialen Ideologie von arischer Identität und "vedischer Reinheit" gegenüber "muslimischer Tyrannei". Die Reformbewegungen des späten 19. Jahrhunderts griffen typischerweise auf solche Hindu-Elemente zurück. Als Nutznießer des traditionellen Kasten- und Eigentumssystems hatten sie ein klares Interesse, eine romantische Version der Kultur der oberen Kasten zu propagieren, zu der sie selbst gehörten und die sie nun als das wahre Wesen "Indiens" und des "Hinduismus" darstellten. Genau um diese Zeit, als ökonomische Nationalisten das System kolonialer Ausbeutung analysierten, fühlten sich einige der einflußreichsten Gestalten im literarischen und kulturellen Bereich von einem kulturellen Nationalismus angezogen, der von kulturell enggeführter "Rückbesinnung" und damit implizit von religiösem Exklusivismus geprägt war. Weder Bankim

Chandra Chatterjee, Aurobindo, die 'Swadeshi'-Bewegung in Bengalen, der 'Shivaji'-Kult in Maharashtra oder Bal Gangadhar Tilak, die Ikone des indischen Nationalismus, waren ganz frei davon. Die Kraft dieses "traditionalistischen Eifers" der Hochkastigen wird dadurch deutlich, daß anti-brahmanische Bewegungen in Maharashtra, unter Jyotiba Phule oder B.R. Ambedkar, eine Gegenreaktion der Oberkasten verursachten, die uns die RSS bescherte.

Das soll nicht heißen, daß Tilak oder Aurobindo dem "Hindutum" ('Hindutva') unserer Tage zustimmen würden. Es gibt jedoch ein hinreichendes Reservoir von Gedanken, das bei den städtischen Oberkasten ankommt, vor allem in Nord- und Westindien. Diese Ideologie, die aus unserer "Renaissance" und unserem "Wiedererwachen" stammt, ist offenbar für die soziale Vision und das moderne kulturelle Idiom des "Hindutums" überzeugend.

Die Gefahren eines solchen "Traditionalismus" waren so deutlich, daß uns schon in den 1920er-Jahren Rabindranath Tagore warnte, daß es nur ein kleiner Schritt von traditionalistischem "Eifer" zum "Wahn" sei. In zweien seiner Romane, "Gora" und "Home and the World", beschreibt er mit großem Feingefühl, wie traditionalistische Politik und ein Abschließen der Gemeinschaft gerade für die sozial Unsicheren und für soziale Aufsteiger anziehend ist.

Hier haben wir den ersten Punkt: das schlichte Fortdauern eines brahmani-

schen Traditionalismus im Herzen dessen, was uns Modernität geben sollte, und das uns nie Modernität gab, genau wegen der Kompromisse mit kolonialen Darstellungen indischer Geschichte und wegen der Darstellung der "Kastenkultur" als "nationale Kultur".

Der zweite Punkt: Seit in den 1920er-Jahren die Politik die Massen erreicht hat, gibt es im Grunde drei Visionen, die um die Vorherrschaft kämpfen.

Da waren zum einen die kommunistischen und pro-kommunistischen Linken, die eine moderne, säkulare und demokratische Kultur schaffen wollten. Unter den Bedingungen Indiens konnte eine solche Kultur nicht ohne Sozialismus entstehen, einem Sozialismus, der weit radikaler war als der von Nehru. Weit stärker war, zum zweiten, die Vision einer Verbindung von Sozialreform, Kapitalismus und Demokratie, also einer modernen bürgerlichen Ordnung. Zum dritten gab es eine konservative, kastenbasierte elitäre Politik, der schließlich von der RSS monopolisiert wurde. Die entstand, wesentlich unterstützt von der 'Hindu Mahasabha', in Opposition zum kommunistischen und bürgerlich-nationalistischen Lager.

Die kommunistische Bewegung war vom Marxismus inspiriert - der Hindu-Extremismus vom Faschismus, wie die direkten Verbindungen zwischen italienischen Faschisten und Hindu-Extremisten wie B.S. Moonje und Shyama Prasad Mookerjee belegen. Der Konflikt zwischen den beiden Visionen war unaus-

weichlich. Die dritte Vision, die einer kapitalistischen Demokratie, wurde vorherrschend. Die Frage, ob eine Kultur ziviler Tugenden oder eine Politik von Haß und Grausamkeit in Indien die Oberhand gewinnt, hängt von der Balance zwischen den drei Visionen ab, zwischen der Linken, dem Zentrum und der Rechten. Ob die Rechte in Grenzen gehalten werden kann, hängt davon ab, ob das Zentrum sich halten kann und, wenn auch nur im Eigeninteresse, der Linken zugeneigt ist.

Eine Politik des Hasses war mit dem Ursprung wie auch mit der Expansion der RSS verbunden. Man erinnere sich, daß die RSS nach den Krawallen in Nagpur im Jahre 1923 gegründet wurde; bei den Unruhen in derselben Stadt vier Jahre später spielte sie schon eine führende Rolle. Vor der Unabhängigkeit erlebte die RSS zwei kurze Phasen des Wachstums: zwischen 1939 und 1942, als die Unabhängigkeitsbewegung sich in einer Verteidigungsstellung befand und der Kolonialstaat die verschiedensten Sonderbewegungen ('communal forces') unterstützte; und zwischen 1946 und 1948, als die RSS während der Unruhen, die der Trennung von Indien und Pakistan vorangingen, viel Handlungsspielraum hatte. Die Involvierung der RSS bei der Ermordung Gandhis setzte dem ein Ende, auch wenn später Sardar Patel die RSS wieder legalisierte.

Es ist bemerkenswert, daß die geringste Häufigkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen während des ersten Jahr-



Hindu-Fundamentalisten bei einem 'Shaka' - einem Appell der RSS

(Foto: P.V. Sivakumar)

zehnts nach der Unabhängigkeit zu beobachten ist, eine Periode, in der die von Gewalt begleitete Trennung in frischer Erinnerung war. In den folgenden Jahrzehnten nahm die Intensität von Gewalt ständig zu, obwohl die Trennung, mit der man die Virulenz von Gewalt in Nordindien erklären möchte, immer weiter in die Vergangenheit rückt.

Es scheint, daß es in den 1950er-Jahren Nehru und seinen Verbündeten gelang, die Welle von Gewalt einzudämmen. In den politischen Diskussionen dominierten Themen wie Landreform, Entwicklung und Indiens Stellung unter den jungen unabhängigen Nationen und in der anti-imperialistischen Bewegung der blockfreien Staaten. Wichtigste Oppositionspartei waren die Kommunisten; Auseinandersetzungen spielten sich daher zwischen den Linken und dem Zentrum ab. Die Rechte, d.h. die RSS und ihre parlamentarische Speerspitze in Form der 'Jan Sangh', blieb einfach am Rande.

Danach wurde das Zentrum instabil. Einflußreiche Elemente der herrschenden Klasse Nordindiens, von den ehemaligen Herrscherfamilien der Fürstentümer bis hin zu 'Marwari'-Kapitalisten unterstützten die RSS mit Nachdruck. Die frühe politische Karriere des heutigen Premierministers Vajpayee ist ohne die Unterstützung aus diesen Kreisen undenkbar. Und dann die politische Elite:

die Liste derer, die auf irgendeine Weise mit der RSS assoziiert sind, bringt all jene in Verlegenheit, die an säkulare Grundsätze und an den zivilen Anstand dieser Elite glauben möchten. Vallabh-hai Patel, Gulzarial Nanda, Jayaprakash Narayan, 'Sarvodaya', Dr. Karan Singh und viele, viele mehr - sie gehörten zu einem großen Ausschnitt der ansonsten so höflichen und liberalen Elite, die der RSS zugeneigt waren und mit ihr zusammenarbeiteten.

Zwei weitere Merkmale der politischen Situation in Indien führten nach den 1960er-Jahren, als gewalttätige Auseinandersetzungen zu eskalieren begannen, auf eine allgemeiner verbreitete "Kultur der Grausamkeit" hin. Das eine ist, daß Polizei und paramilitärische Einheiten regelmäßig in gewaltsame Auseinandersetzungen involviert waren, und dies in der Regel auf Seiten der Hindus und ohne daß sie von der regierenden Partei eine Strafe zu fürchten gehabt hätten. Dieses Merkmal war zudem in weiten Teilen des Landes anzutreffen, von etwa Meerut und Moradabad in Uttar Pradesh bis Ahmedabad und Surat in Gujarat oder Bombay in Maharashtra. Das zweite Merkmal war eine Tendenz der 'Congress'-Partei, selbst die "Karte des Kommunalismus" auszuspielen und sich damit der Rechten anzunähern. Es wurde schwierig, den pragmatischen und den programmatischen Kommunalismus

der Parteien zu unterscheiden.

Dies also ist der weitere Kontext, in dem man sich in den Wohnzimmern der wohlhabenden Schichten des Landes die Fernsehbilder von brennenden Häusern und Kreuzen anschaut, ohne daß nennenswert darauf reagiert wird. Gefördert wird diese Gleichgültigkeit noch dadurch, daß die Opfer arm sind und als Christen aus der hinduistischen Perspektive als Mitglieder der Unterkasten betrachtet werden.

In ihrem Zynismus kann die VHP sie terrorisieren und im gleichen Atemzug auffordern, in eine Hindu-Gemeinschaft zurückzukehren, die sowieso nie ein besonderes Interesse an ihnen hatte. Gewalttätigkeit verbindet sich mit der Gewalt von Kaste und Klasse. Denn was sich in den Jahrzehnten seit Indiens Unabhängigkeit immer stärker abzeichnet, ist nicht einfach ein Strudel von Haß zwischen verschiedenen Gemeinschaften; es ist eine allgemeinere "Kultur der Grausamkeit", in der die Polarisierung von Kasten und Klassen mindestens ebenso blutig ist wie der Konflikt zwischen religiösen Gruppen.

(Aijaz Ahmad ist Senior Fellow am 'Centre for Contemporary Studies, Nehru Memorial Museum and Library', Delhi. Übersetzung: Stefan Dietrich)

## Auf dem Weg zu einer Hindu-Nation

von K.N. Panikkar

Indem die faschistische Agenda der 'Sangh Parivar' ('Parivar') - der Bewegung der Hindunationalisten - zum Vorschein kommt, wird deutlich, daß es nicht um Religion sondern um politische Macht geht.

Sie hat sich weiter einer Definition Indiens als die einer "Hindu-Nation" angenähert. Bisher wurden Muslime als "fremd" und "anti-national" gebrandmarkt; nun wird dies auf Christen ausgedehnt. Viele waren von der plötzlichen Attacke auf diese friedliche, kleine Gemeinde überrascht, die sich in der Politik zurückhält und daher keinerlei Bedrohung für die 'Parivar' darstellt. Daß die Situation erst jetzt eintritt ist aber das eigentlich überraschende. Denn schon Guru Golwalkar hatte die Christen, zusammen mit Muslimen und Kommunisten, als "anti-national" bezeichnet. Seine Schüler setzen seine Lehren nun gewaltsam um.

Allein im vergangenen Jahr kam es zu über 100 Übergriffen auf Leben und Eigentum von Christen. Dabei handelt es sich nicht um kommunalistische Konflikte, in die Christen verwickelt sind,

sondern um grundlose Angriffe, Brandstiftungen und Einschüchterungen durch die Sturmtruppen der 'Sangh Parivar'. Es sind kriminelle Handlungen, begangen unter dem politischen Schutz der 'Bharatiya Janata Party' (BJP). Missionare wurden nackt durch die Straßen getrieben und sogar bei lebendigem Leib verbrannt, Nonnen wurden vergewaltigt, Kirchen dem Erdboden gleichgemacht, die Bibel und andere religiöse Literatur verbrannt.

Die verschärfte Feindschaft und Gewalt gegenüber Christen fällt mit der Herrschaft der BJP zusammen. Zuvor war Gewalt gegen Christen vergleichsweise selten - schätzungsweise 38 Fälle in den 32 Jahren zwischen 1964 und 1996, und selbst 1997 wurden nicht mehr als 15 Fälle bekannt. Neben der zunehmenden Häufigkeit ist auch die regionale Verteilung der Übergriffe signi-